

DRAUDE, ANKE

THEORETISCH-KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN ZU GOVERNANCE OHNE DEN „SCHATTEN DER HIERARCHIE“

Anke Draude, Freie Universität Berlin, Sonderforschungsbereich (SFB) 700,
draude@zedat.fu-berlin.de

SEKTION POLITISCHE SOZIOLOGIE: POLITIK ZWISCHEN VERUNSICHERUNG UND ALLZUSTÄNDIGKEIT

Der Staat steckt in Schwierigkeiten, seine Aufgaben wachsen ihm über den Kopf. Da sind gesellschaftliche Akteure und alternative Modi der sozialen Handlungskoordination gefragt, damit die altbewährten Leistungen trotz der verunsichernden Staatsschwäche weiter produziert werden. Diese Veränderung in Richtung einer „neuen“ Vielfalt des Regierens spiegelt der Governance-Begriff in seiner empirisch-analytischen Variante. Das Vertrauen in die funktionalen Äquivalente von Staat und Hierarchie hat allerdings auch seine Grenzen: Nur im „Schatten der Hierarchie“ (Scharpf) funktioniert gesellschaftliche Selbststeuerung entsprechend den Idealen der Gemeinwohlorientierung, der Inklusivität und der Legitimität; *gutes* Regieren brauche den Staat.

Diese Ideale sind - gemessen an dem, was in der Empirie tatsächlich geht – zu hoch angesetzt, wenn das Governance-Konzept aus dem OECD-Kontext hinausgetragen wird in Räume begrenzter Staatlichkeit. Hier haben wir es mit einer *anderen* Vielfalt des Regierens zu tun, die geprägt ist von vergleichsweise geringen Institutionalisierungsgraden, Eigen- und Gruppennützigkeiten, fragmentierten kollektiven Identitäten und eben schwachen Staaten im Hintergrund. Soll das Governance-Konzept hier Anwendung finden, so erfordert dies

- die Loslösung der funktionalistischen Definition von eurozentrischen Prämissen bzgl. Leistungen, Referenzkollektiv und Legitimität von Governance;
- die Loslösung von den Typisierungen der Akteure und Handlungsmodi (und damit von eurozentrischen Dichotomien wie Staat/Gesellschaft, öffentlich/privat, hierarchisch/nicht-hierarchisch).

Der Vortrag konzentriert sich auf die theoretisch-konzeptionelle Weiterentwicklung von Governance, zur Entfaltung des analytischen Potentials des Begriffs für die Erforschung der Vielfalt des Regierens in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Als Kernproblem wird dabei der methodologische Nationalismus des Governance-Konzepts reflektiert, und alternative Analyseeinheiten werden angeboten.